

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugspunkten und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. (rei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,30 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schäftsleitung: Dresden-2, Mühlentorstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechtunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 10. Juli 1928 Nummer 159

Amnestie für Fememörder oder für proletarische Gefangene?

Die sozialdemokratische Verschandelung der Amnestie zuungunsten der politischen Gefangenen der Arbeiterschaft

Gestern nachmittag hat das Müller-Kabinett über die Amnestie beraten. Nach einer Meldung des Vorwärts wird es die Verhängung der Parteien über die Amnestie billigen.

„Danach werden Verbrechen gegen das Leben nur teilweise amnestiert. Eine Haftentlassung der Fememörder kommt danach nicht in Frage.“

Noch immer unterschlägt der Vorwärts seinen Lesern, worin die nur „teilweise Amnestie“ der „Verbrechen gegen das Leben“ besteht. Noch immer sagt er ihnen nicht, daß diese teilweise Amnestie eine Verschlechterung der Amnestieanträge ist, die selbst im Bürgerblock-Neidstrog eine Mehrheit gefunden, wenn die Sozialdemokratie sie nicht verhindert hätten. Noch immer erfährt der Leser der SPD-Presse nicht, daß die Herabsetzung der Strafen für die Verbrechen gegen das Leben sich jetzt auf 7 1/2 Jahre Gefängnis statt Festung für die lebenslanglich Verurteilten beschränkt; das weiter für die zeitlichen Zuchthausstrafen gleichfalls nur die Halbierung statt eine Zurückführung auf ein Drittel und auch die Verwandlung in Gefängnis statt Zuchthaus zugelassen werden soll.

Der Vorwärts will den Anschein erwecken, als ob durch diese von den Sozialdemokraten vor allem geforderte Verschlechterung der Amnestie nur die Fememörder betroffen würden. Wollten die Sozialdemokraten nur diese von der Amnestie ausnehmen, so brauchten sie nur den kommunistischen Antrag in der Regierung durchzusetzen, der die Fememörder, und nur diese, von der Amnestie ausnimmt.

Doch die Sozialdemokraten sind für „Gleichheit vor dem Gesetz“; sie fordern nicht die Nichtanwendung der Amnestie für die Fememörder — das wäre ja Klassenjustiz — sondern ihre Einschränkung schlechthin für alle politischen Verbrechen gegen das Leben, mögen es Proletarier oder Femebandiden sein.

So kommt es, daß diese Einschränkung der Amnestie entgegen dem Anschein, den der Vorwärts erwecken will, nicht nur die Fememörder, sondern vor allem die politischen Gefangenen des Proletariats und von diesen der Zahl nach weit mehr als die Fememörder trifft. Die Klassenjustiz des Reichsgerichts und der ihm nachstehenden Gerichte hat zahlreiche Proletarier wegen „Verbrechen gegen das Leben“ in die Zuchthäuser und Gefängnisse geschickt. Es handelt sich nicht nur um Heil und Margies, bei denen beiden die Verurteilung wegen Totschlag zudem noch selbst nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes zu Unrecht geschehen ist. Mindestens noch 20 Proletarier sitzen wegen Verbrechen gegen das Leben aus politischen Gründen in den deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen. Sie alle werden von der sozialdemokratischen Einschränkung der Amnestie getroffen. Nach einer Zusammenstellung der Roten Hilfe gehören hierher:

Zunächst die Opfer des Baifhardt-Prozesses in Stuttgart, 1927. In diesem Prozeß sind verurteilt worden:

- 1. Stöckler wegen Totschlags zu 13 Jahren Zuchthaus
- 2. Baifhardt zu 8 Jahren Zuchthaus
- 3. Stegmaier zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus
- 4. Groß zu 6 Jahren Zuchthaus
- 5. Köpfer zu 5 Jahren Zuchthaus
- 6. Stach zu 3 Jahren Zuchthaus
- 7. Daniel zu 2 1/2 Jahren Gefängnis.

Bei allen 7 Verurteilten hat das Reichsgericht Totschlag, Teilnahme oder Beihilfe an ihm angenommen. Sie alle werden nicht voll begnadigt.

Zu diesen 7 Verurteilten des Baifhardt-Prozesses kommen noch 13 Proletarier, die wegen Verbrechen gegen das Leben noch heute in Strafkraft sitzen:

- 1. Ernst Peterjen, Hamburg, seit 19 zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt, seit Jahren im Irrenhaus
- 2. Joseph Müller: 15 Jahre Zuchthaus
- 3. Heinrich Prossat: 12 Jahre Zuchthaus wegen Körperverletzung mit Todeserfolg
- 4. Rudolf Clemm: 12 Jahre Zuchthaus
- 5. Otto Michel: 12 Jahre Zuchthaus
- 6. Otto Elbers: 10 Jahre Zuchthaus
- 7. Emil Risch: 10 Jahre Zuchthaus
- 8. Friedrich Groß, Elbersfeld: 11 Jahre Zuchthaus
- 9. Joseph Wolff: 12 Jahre Zuchthaus
- 10. Karl Kerstan: 12 Jahre Zuchthaus
- 11. Hermann Temmes: 10 Jahre Zuchthaus
- 12. Wilhelm Rathhoff: 10 Jahre Zuchthaus
- 13. Johannes Szom: 8 Jahre Zuchthaus (Tschekoprozeß).

Alle diese 20 Arbeiter werden von den sozialdemokratischen Ausnahmen der Amnestie getroffen. Sie alle müssen, da sie die Hälfte ihrer Strafe noch nicht verbüßt haben, noch weiter im Gefängnis schmachten.

Die von den Sozialdemokraten in der Regierung durchgesetzte Amnestie, für die auch die Deutschenationalen eintreten, hilft nur dem kleinen Häuflein der Fememörder, den Werkzeugen der Ebert und Severing und der Reichswehrgenerale. Sie macht eine viel größere Zahl proletarischer Gefangener nicht krafftlos.

Die sozialdemokratische Amnestie ist keine Vollamnestie zugunsten der Arbeiter, sondern in erster Linie eine Strafbefreiung zugunsten der Fememörder. Die Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen zu erzwingen, dafür müssen sich ohne Unterschied der Parteien alle Arbeiter mehr denn je mit vollem Nachdruck einsetzen.

Der Bombenanschlag in Moskau

Ein Attentat monarchistischer Verschwörer — Ein Aufrag der rumänischen Militärs
Die Telegraphen-Union meldet aus Kowno:
Nach Meldungen aus Moskau wird der Bombenanschlag auf das Hauptgebäude der GPU in Moskau von der GPU amlich beklagt. Nach der Mitteilung der GPU erschien am letzten Freitag um 13 Uhr mehrere Personen, die den Leiter der GPU sprechen wollten, im Hauptgebäude der GPU. Die Leute wurden in ein Zimmer gebracht, indem sich zwei Notarmisten befanden. Im Augenblick des Eintritts warf eine der Personen eine Bombe, durch die

ein Notarmist getötet wurde. Sogleich wurde die Wache des Gebäudes alarmiert. Die Attentäter, bis auf einen, der erschossen wurde, flüchteten. Der Name des Erschossenen ist Radkewitsch. Dieser war nach Mitteilung der GPU früher Page am kaiserlichen Hof und wurde vom rumänischen Generalstab nach Rußland entsandt, um terroristische Akte zu verüben. Später wurde noch ein Attentäter, ein Russe, in der Nähe von Moskau verhaftet. Weitere Einzelheiten werden amtlich noch nicht gemeldet.

Faschistenüberfall auf eine Arbeiterkundgebung

10 Personen verletzt — Die Polizei hilft den Faschisten
Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)
Am Sonntag, 8. Juli, hatte der Kultur- und Bildungssverein der polnischen Arbeiter in Deutschland zu einer Veranstaltung im Volkspark in Rauen aufgerufen. Gegen 9 Uhr, als die Teilnehmer bereits mehrere Stunden versammelt waren, erschienen 3 Autos Faschisten. Sie unternahmen einen wahren Steinhagelangriff auf das Restaurant, Frauen und Kinder mußten flüchten. Zahlreiche Fensterläden des Volksparks wurden zertrümmert, gebrochene Fensterläden mit Fesseltangen aufgedreht, Bilder zertrümmert usw. Obwohl die Polizei sofort beim Eintreffen der Faschisten unterrichtet wurde, erschien erst eine Stunde später ein Polizeikommando, der sich aber nicht bemerken konnte. Polizeimannschaft heranzurufen. Erst als den Faschisten ihre Munition und die Steine ausgehen, läßen sie sich unter dem Druck der nachkommenden Arbeiter gezwungen, mit ihren Autos abzuziehen. 10 Personen wurden verletzt, darunter 1 Arbeiter schwer, der sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der Bundestag des KJVB

Gegen die Spalter — Für Vortritt zur Roten Hilfe und IAB!

Die Tagung begann mit der erneuten Ausscheidung der Abstimmung über die Anträge zum Geschäftsbericht.

Dann wurde der Bericht über die Jugendarbeit entgegen genommen. Die Jugendarbeit im KJVB steht noch in den Anfängen. In der Diskussion wurden zahlreiche Anregungen für die künftige Arbeit gemacht. Gegen die Arbeit des Berliner Jugendleiters Wundersee wurden zwar von sozialdemokratischer Seite Einwendungen gemacht, obgleich Berlin die beste Jugendarbeit im KJVB ausweist.

Abstimmung der Anträge zum Geschäftsbericht

Die Abstimmung der Anträge zum Geschäftsbericht nahmen einen breiten Raum ein.

Beschlossen wurde:
Kreise und Bezirke finanzieren sich selbst. 32:28 Stimmen.

Der Beitrag für den Bundesvorstand beträgt ab 1. Oktober 1928 20 Pf.

Die Tageszeitung wird nicht obligatorisch eingeholt. 33:29 Stimmen. Dagegen werden die Vereine verpflichtet, auf je 3 Mitglieder 1 Exemplar des „Athleten“ zu beziehen (einstimmig).

Schüler zahlen 5 Pf. Bundesbeitrag.
Gegen die Schwarzführung der Mitglieder sollen energische Maßnahmen des Bundesvorstandes ergriffen werden.

Die Verschmelzung mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. (Gelleri soll sich in Leipzig für ein „organisationsmerkwürdiges“ Verhalten für den KJVB ein Diplom ausstellen lassen.)

Allen Vereinen wird empfohlen, den proletarischen Hilfsorganisationen, der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe, beizutreten. (gegen 5 Stimmen.)

Der Bundesvorstand ist ermächtigt, Maßnahmen zum Bau einer Bundeschule zu ergreifen.

Urwahl für Delegierte zu internationalen Kongressen gegen große Minderheit abgelehnt.

Stimmrechtlich auf Bundestagen sind nur gewählte Delegierte. Abgelehnt mit 27:24 Stimmen.
Kreise mitteilungsblätter unterliegen der Kontrolle des Bundesvorstandes

Der Antrag der Opposition, der die Aufhebung der Spaltungsbefehle der KJ verlangt, wurde mit 39:33 Stimmen abgelehnt. Interessant ist, daß von den gewählten Delegierten 20 dafür und 13 dagegen, von den Kreisvertretern 10 dafür und 12 dagegen und vom engeren Bundesvorstand alle dagegen gestimmt haben. Die Mehrheit der Delegierten mißbilligt also die Spaltungsbefehle der Zentralkommission. Dieser Antrag wurde eigentlich nur dadurch zu Fall gebracht, daß eine Gegenresolution eingebracht wurde die scheinbar dasselbe forderte und einstimmig angenommen wurde. Hier handelte es sich um ein Manöver, um der KJ freie Hand zu lassen und den Antrag der Opposition zu Fall zu bringen. Um so schwerer wiegen die 33 Stimmen die eine entschiedene Ablehnung der Spaltungspolitik der KJ bedeuten. Dabei muß aber

ergänzt werden, daß alle Delegierten bis hinauf zu einigen Bundesfunktionären gegen die Zertrümmerung der Arbeiterportbewegung in Berlin und Halle sind und nur aus Parteibüchlein ihrer SPD gegenüber nicht so eindeutig dagegen protestieren wollten. Gerade dieses Beispiel zeigt, daß die Zugehörigkeit zur SPD die Delegierten hindert, ihre SPD-Führer beim richtigen Namen zu nennen und gegen ihre verbrecherische Spaltungspolitik entschiedene Stellung zu nehmen.

Nach dieser Abstimmung gab Genosse Wundersee eine Erklärung der kommunistischen Delegierten ab. Sie wurde von 17 Delegierten unterschrieben. Gelleri konnte dabei keine Redezeit nicht verbergen und brüllte, als wenn es dumme Kinder zu warnen gelte: „Fraktionsarbeit, Fraktionsarbeit!“ Natürlich Fraktionsarbeit, Herr Cornelius Gelleri. Das ist kein Vorrecht der SPD. Und die Kommunisten scheuen davor auch dann nicht zurück wenn Gelleri in provokatorischer Weise einem Ablehndedelegierten zuruft: „Wenn du bei uns wärst, hätten wir dich schon längst rausgeschmissen.“ Gelleri soll sich irren, wenn er glaubt, daß die Kommunisten politisch so schwach sind um vor seinem Druck zu kapitulieren.

Die KJVB und die Sportinternationale

Nach der vorausgegangenen Abstimmung und dem starken Widerstand der Delegierten gegen den Spaltungskurs Gelleri, Wildung und Genossen hat Gelleri sich veranlaßt gesehen, kein Referat im Ton gemäßigter zu halten, als er bisher auf der Tagung hervortrat. In einer fünfminütigen Rede von Anfang bis zu Ende kommunistische, gegen die Kote Sportinternationale, gegen die Sowjetunion und dann Ausweichen vor jeder kontroversen Frage wie die Stellung zum Reichshausner und Weltspori und zu den bürgerlichen Verbänden. Kein einziges Wort gegen und über die bürgerliche Sportbewegung, kein Wort gegen die Amateurolympische. Gelleri sprach für die Politik der KJVB, ganz und gar darauf abgelehnt, die Delegierten zu täuschen. Was im SPD-Partei-Vorstand an Material in der Reichshausner-Kampagne um den Bund“ zusammengetragen wurde, wurde zum wiederholten Male von Gelleri vorgelesen. Lang und breit erzählt Gelleri von kommunistischer Fraktionsarbeit, Rednern der Kullen, um damit den Rechtskurs in der KJVB zu rechtfertigen.

In der Diskussion sprach kein sozialdemokratischer Delegierter. Lediglich 3 oppositionelle Delegierte, Sellheim, Deutschmann, Berlin, und Michelsen, Hamburg, sprachen dazu und haben scharf und klar die reformistische, nach dem Bürgertum sich orientierende Politik der Luzerner Sportinternationale entlarvt. Sie zeigten, daß das Bestreben zum Klassenkampf eine Tatsache ist, wenn man durch die Zusammenarbeit mit dem Völkerverbund und dem Bundwert Internationales Arbeitsamt den Eindruck zu erwecken versucht, als ob dadurch die Arbeiterportbewegung gefördert und der Arbeiterklasse ein Dienst erwiesen würde. Der Recht heilte Michelsen fest, daß Gelleri das Maul von der Unterfütterung der Arbeiterportbewegung durch die 2. Internationale nicht allzuweit nehmen dürfe, denn die sozialdemokratischen Parteien in England, Schweden